

Theodor Bergmann

# Internationalismus im 21. Jahrhundert

Lernen aus Niederlagen –  
für eine neue internationale Solidarität



Theodor Bergmann  
Internationalismus im 21. Jahrhundert

*Theodor Bergmann*, geb. 1916, ehemaliger Professor für international vergleichende Agrarpolitik an der Universität Hohenheim, lebt in Stuttgart. 2007 gab er bei VSA das Buch »Klassenkampf und Solidarität. Geschichte der Stuttgarter Metallarbeiter« heraus.

Theodor Bergmann

# **Internationalismus im 21. Jahrhundert**

Lernen aus Niederlagen –  
für eine neue internationale Solidarität

VSA: Verlag Hamburg

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© VSA-Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-354-0

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	9
<b>1. Die moderne Arbeiterbewegung muss internationalistisch sein!</b> .....	10
<b>2. Internationalismus und kritische Solidarität – ein Rückblick</b> .....	23
2.1 Internationalismus seit 1848 .....	23
2.2 Der Niedergang der II. Internationale .....	24
2.3 1917: Internationalismus nach der russischen Revolution = kritische Solidarität .....	25
2.4 Kritik am Polenfeldzug der Roten Armee .....	27
2.5 »Bolschewisierung« und Niedergang der Komintern .....	28
2.6 Die endgültige ultralinke Wendung der KPD .....	34
2.7 Die Stellung der KPD-O zur Sowjetunion .....	36
2.8 Die rechte Wende des VII. Weltkongresses .....	38
2.9 Die Moskauer Schauprozesse – verschärfte Kritik .....	39
2.10 Der deutsch-sowjetische Freundschaftsvertrag und der Kriegsbeginn .....	41
2.11 Eine marxistische Position zum Zweiten Weltkrieg .....	43
2.12 Nach 1945: Kritik der Stalinschen Nachkriegs- und Außenpolitik ....	44
2.13 Komintern und Kominform .....	49
<b>3. Leistungsbilanz der sozialistischen Bewegung</b> .....	55
3.1 Ergebnisse der Oktoberrevolution .....	55
3.2 Ursachen der Deformation und des Niedergangs der kommunistischen Parteien .....	57
3.3 Die ungelösten Probleme .....	60
<b>4. Die neuen Herausforderungen</b> .....	63
<b>5. Weltpolitische Kräfteverhältnisse zu Beginn des 21. Jahrhunderts</b> ....	66
5.1 Der Zusammenbruch des Ostblocks – die Welt bleibt multipolar .....	66
5.2 Pazifismus und Arbeiterbewegung .....	72
5.3 Der Klassencharakter der sozialistischen Länder .....	74
5.4 Was ist Sozialismus? .....	80

<b>6. Der Imperialismus und der internationale Klassenkampf</b> .....	91
6.1 Allgemeine Ziele der Militärpolitik der USA .....	91
6.2 Feinde und mögliche Partner .....	93
6.3 Propaganda und Realität .....	95
6.4 Gefährliche Siegesgewissheit .....	96
6.5 Zwei Erklärungen zu Chinas Landesverteidigung .....	97
6.6 Zur Außenpolitik der VR China .....	100
<b>7. Militärische Probleme</b> .....	103
7.1 Konflikte nach 1945 .....	103
7.2 Der Nahostkonflikt .....	106
7.3 Die Tudeh-Partei .....	110
7.4 Einige neue Merkmale der aktuellen Kriege .....	112
7.5 Vergleiche mit Vietnam .....	114
<b>8. Globale Probleme</b> .....	117
8.1 Apokalyptische Projektionen .....	117
8.2 Optimistische Antworten .....	119
8.3 Agrarproduktion, Bevölkerung und Ernährung .....	121
8.4 Sozialisten und Atomenergie .....	124
<b>9. Soziale Bewegungen</b> .....	128
9.1 Neue Soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen .....	128
9.2 Agrarische Bewegungen im 21. Jahrhundert:	
Die Bauern – eine vergessene Klasse? .....	130
Einleitung .....	130
Kurzer Überblick über einige agrarische Bewegungen .....	131
Merkmale und Hauptforderungen agrarischer Bewegungen .....	137
Zusammenfassung .....	141
<b>10. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft</b> .....	143
10.1 Probleme .....	143
10.2 Perioden sozialistischer Wirtschaftsplanung .....	145
10.3 Erstarrung des Marxismus .....	147
10.4 Verhältnis von Partei und Staat .....	148
10.5 Herausbildung der neuen Führungsgeneration und Generationswechsel .....	150
<b>11. Kommunistische Regierungsarbeit – das Beispiel China</b> .....	155
11.1 Die Ausgangslage .....	155
11.2 Die neuen Aufgaben .....	157
11.3 Kritik und Selbstkritik .....	158

11.4	Der schwierige Weg zur sozialistischen Demokratie .....	161
11.5	Die Deng Xiaoping-Theorie .....	164
11.6	Zwei Parteikonzeptionen .....	166
11.7	Zwölf Thesen .....	169
<b>12.</b>	<b>Außenpolitik sozialistischer Länder – kritische Gedanken .....</b>	<b>173</b>
12.1	Faktoren und Phasen der Außenpolitik .....	173
12.2	Defensive Sicherung der Revolution .....	176
12.3	Stalins Hilfe für die spanische Revolution .....	177
12.4	Ausdehnung des sozialistischen Staatensystems .....	178
12.5	Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern .....	178
12.6	Beziehungen zur »Dritten Welt« .....	180
12.7	Das Verhältnis zu kapitalistischen Staaten .....	181
12.8	Das Verhältnis zur revolutionären Weltbewegung .....	182
<b>13.</b>	<b>Internationalistische Perspektiven .....</b>	<b>185</b>
13.1	Zum Verhältnis zwischen kommunistischen Parteien .....	185
13.2	Das Verhältnis KPdSU – KP Chinas .....	187
13.3	Die Beziehungen zwischen den Kommunisten Chinas und Vietnams .....	190
13.4	Die Beziehungen zwischen den Kommunisten Japans und Chinas ...	192
13.5	Indien: CPI und CPI(M) .....	196
13.6	Bolivien – ein Testfall .....	198
13.7	Demokratie in einer revolutionären Internationale .....	199
13.8	Die politischen Aufgaben .....	206
<b>14.</b>	<b>Perspektiven eines Weltarbeitsmarktes – neue internationale Solidarität .....</b>	<b>216</b>
14.1	Die Globalisierungsdrohung .....	216
14.2	Kapitalistische Hegemonie .....	217
14.3	Missverständnisse und Irrtümer .....	218
14.4	Die neuen Merkmale der Globalisierung .....	220
14.5	Die Antiglobalisierungsbewegung .....	222
14.6	Die Alternativen zur Auslagerungsdrohung .....	222
14.7	Entwurf einer Gegenstrategie zur Produktionsverlagerung .....	224
<b>15.</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>228</b>
15.1	Übersicht 1: Phasen der Agrarpolitik der VR China	228 /
15.2	Übersicht 2: Phasen der Industrieentwicklung in der VR China	230 /
15.3	Übersicht 3: Vergleich der Entwicklungsstrategien	234 /
15.4	Klassiker über Internationalismus	236 /
	Abkürzungen	240 /
	Literatur	241 /
	Dokumente	247 /
	Personenregister	248



# Vorwort

Dieses Buch versucht, eine der brennenden Fragen der internationalen sozialistischen Bewegung zu klären: Was ist sozialistischer Internationalismus heute? Mit der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung begann auch der sozialistische Internationalismus. Zugleich mit ihrer Entfaltung und ihren Aktivitäten wurde dieser aber immer wieder infrage gestellt und war inhaltlich neu zu bestimmen. Die wichtigsten kapitalistischen Industriestaaten arbeiten militärisch und im Kampf gegen alle sozialen Reformversuche eng zusammen; die NATO expandiert geografisch. Die führenden kapitalistischen Unternehmen in der Produktion, im Finanzwesen und im Handel werden immer mächtiger. Die internationale Kooperation der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Werktätigen ist dagegen nach 1945 und besonders seit 1989/90 schwächer geworden. Auch nach vielen persönlichen Gesprächen, Meinungs austausch mit (meistens kritischen) Marxisten in einigen Ländern und nach der Teilnahme an manchen kleineren internationalen Konferenzen gibt dieser Versuch eine sehr persönliche Meinung wieder, die allerdings beeinflusst ist von meinen Eindrücken in der KPD-O von 1929 bis 1933 und den Erfahrungen ihrer Funktionäre. Diese erfahrenen Marxisten haben mein Denken stark geprägt.

Nicht alle Gedanken des Buches sind neu; ich greife bei einigen Fragen auf frühere Arbeiten zurück, die im Text erwähnt werden, so auf eine kleine Arbeit von 1984, auf meine Geschichte der KPD-O (2007), auf meine Beobachtungen in der VR China und die dazugehörige Publikation (2004).

Dieses Buch will die Ursachen für den Niedergang des alten Internationalismus ergründen und will herausfinden, wie der dringend notwendige neue sozialistische Internationalismus unter völlig veränderten Verhältnissen und angesichts der Ungleichartigkeit revolutionärer Bewegungen und ihrer Ungleichzeitigkeit gestaltet werden muss. Die Arbeit legt das Hauptgewicht auf die inhaltlichen und organisatorischen Probleme der politischen Arbeiterbewegung. Die Fragen internationaler Gewerkschaftsarbeit und der Ökologie können nur mehr summarisch dargestellt werden.

Mein Dank gilt meinen technischen Helfern Sonja Müller und Heiner Jestrabek, die aus meinen Kritzeleien ein leserliches Manuskript gemacht haben. Ferner danke ich meinen Genossen, mit denen ich die Probleme diskutieren konnte, und Mario Keßler, Erhard Korn und Helmut Peters für Kritik und Anregungen. Schließlich geht mein Dank an Wladislaw Hedeler für zahlreiche Hinweise. Für die hier vorliegende Meinungsäußerung bin ich allein voll verantwortlich. Mein Wunsch ist, dass mit dieser Arbeit die notwendige Debatte neue Impulse bekommt.

Stuttgart, im Frühjahr 2008

# 1. Die moderne Arbeiterbewegung muss internationalistisch sein!

Im Manifest der Kommunistischen Partei, dem Gründungsdokument der modernen Arbeiterbewegung, zeigen Marx und Engels 1848 die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus auf, der den Weltmarkt herstellt, sich die menschlichen und materiellen Ressourcen der Erde aneignet: »Die große Industrie hat den Weltmarkt hergestellt, den die Entdeckung Amerikas vorbereitete. Der Weltmarkt hat dem Handel, der Schifffahrt, den Landkommunikationen eine unermeßliche Entwicklung gegeben.« (MEW 4: 463)

Mit ihrer Entwicklung hat die Bourgeoisie zugleich ihre Gegner geschaffen, die Proletarier, die zum ständigen Kampf für ihre Interessen gezwungen sind: »Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf. [...] Diese Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie erhebt immer wieder, stärker, fester, mächtiger.« (MEW 4: 471)

Marx und Engels erkennen die internationalen Tendenzen der modernen Industrie und fordern daher das Proletariat, die unterste Schicht der Gesellschaft, zum internationalen Zusammenschluss auf: »Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« (MEW 4: 493)

Die moderne sozialistische Arbeiterbewegung war von Anfang an internationalistisch. Das hat sich in vielen Formen gezeigt. Arbeiter, die auswandern mussten – aus wirtschaftlicher Not oder weil sie auf schwarzen Listen standen, haben ihre Ideen in ferne Länder getragen. So waren deutsche Arbeiter seit den 1870er Jahren Pioniere proletarischer Organisationen in Chicago; osteuropäische Arbeiterinnen und Arbeiter halfen in London und New York, Gewerkschaften aufzubauen. Es gab vielfältige Solidaritätsaktionen bei Streiks, im russischen Bürgerkrieg 1917-1921, bei der russischen Hungerkatastrophe 1920-

21, gegen den US-Justizmord an Sacco und Vanzetti, Hilfe deutscher Facharbeiter beim Industrienaufbau der Sowjetunion, Hilfe für den antifaschistischen Widerstand in Italien und Hitlerdeutschland, deutsche und französische Freiwillige im Kampf der vietnamesischen Arbeiter und Bauern gegen die französischen Kolonialherren und die US-Armee, die die revolutionäre Umgestaltung verhindern wollten, ferner Freiwillige aus vielen Ländern im spanischen und im chinesischen Bürgerkrieg, Hilfsaktionen für Kuba und Vietnam. Diese Liste ließe sich verlängern.

Es gibt viele Formen und Organisationen internationaler Solidarität und internationaler Hilfe. Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem sozialistischen Internationalismus, der aktiven Solidarität der Werktätigen, der gegenseitigen Unterstützung in den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkämpfen. Dazu gehört auch die solidarische Hilfe für die Opfer dieser Kämpfe. Allerdings liegt der Schwerpunkt dieser Schrift bei den politischen und organisatorischen Problemen des Internationalismus, während die praktisch-organisatorischen Fragen gewerkschaftlicher Solidarität nur kurz (Kapitel 14) behandelt werden können.

Klaus und Buhr (1972) sehen den sozialistischen Internationalismus als »grundlegendes und wichtiges Prinzip in der Politik und Ideologie der revolutionären Arbeiterbewegung und der marxistisch-leninistischen Parteien« (Bd. 3: 1020). Das kritische Wörterbuch des Marxismus (Labica/Bensussan 1985) unterscheidet den proletarischen Internationalismus, der hier allein behandelt wird, vom »Ideal der brüderlichen Gleichheit des mystischen Sozialismus« (Bd. 3: 565).

Der sozialistische Internationalismus, der sich gegenwärtig in einer Krise befindet, ist u.a. abzugrenzen gegen die Arbeit der zahlreichen Nichtregierungsorganisationen (NGO), die innerhalb des kapitalistischen Systems arbeiten, dieses indes nicht in Frage stellen, sondern den Individuen zu helfen versuchen. Sofern sie nicht von Regierungen gesteuert werden, ist ihre Arbeit eher dem Bereich der Nächstenliebe zuzuschreiben, nicht der politischen Solidarität der Werktätigen.

Seit der Entstehung der modernen Arbeiterbewegung bekannten sich ihre Vordenker und leitenden Funktionäre zur internationalen Solidarität. In ihrer 150-jährigen Geschichte gab es mehrere Versuche, die Solidarität und den Gedankenaustausch zu institutionalisieren. 1864 gründeten Marx und Engels die internationale Arbeiterassoziation (IAA), die aus mehr als 200 Einzelpersonen in etwa 20 Ländern bestand. Die IAA erklärte in ihren »Erwägungen«, »dass die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse ... der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist; dass alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher gescheitert sind aus Mangel an Einigung unter den mannigfachen Arbeitszweigen jedes Landes und an der Abwesenheit eines brüderlichen Bundes unter den Arbeiterklassen der verschiedenen Länder; dass

die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfasst, in denen die moderne Gesellschaft besteht und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittenen Länder abhängt«. (MEW 17: 440)

Die IAA wollte sich nicht auf den Klassenkampf in jedem Lande und dessen solidarische internationalistische Unterstützung beschränken. Sie forderte die Werkstätigen auf, in weltpolitischen Fragen aktiv zu werden und ihre Regierungen zu überwachen. Die Inauguraladresse von 1864 spricht am Ende von der »Pflicht« der Arbeiterklassen, »in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer respektiven Regierungen zu überwachen, ihnen wenn nötig entgegenzuwirken; wenn unfähig zuzukommen, sich zu vereinen in gleichzeitigen Denunziationen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für solch eine auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« (MEW 16: 13)

Den Höhepunkt ihrer Aktivität erlebte die IAA während und nach der Pariser Kommune (1871); sie verteidigte die Kommune gegen die bürgerlichen Verleumdungen und organisierte nach der Niederlage solidarische Hilfe für die Flüchtlinge. 1876 wurde sie aufgelöst, weil sie ihre Aufgaben erfüllt habe und weil eine gedeihliche Zusammenarbeit der beiden Hauptströmungen unmöglich war. Die IAA war im Wesentlichen auf die sich formierende Arbeiterklasse der wenigen Industrieländer in Westeuropa beschränkt.

Die II. Sozialistische Internationale wurde 1889 gegründet; sie bestand hauptsächlich aus Parteien Europas und Nordamerikas; der Marxismus begann erst allmählich in die ökonomisch weniger entwickelten Länder Ost- und Südosteuropas hineinzuwirken und dort die Entstehung politischer und gewerkschaftlicher Organisationen zu fördern. Wachstum und Kampferfolge der Parteien und Gewerkschaften stärkten den Revisionismus. Für die entstehende Organisationsbürokratie bedeutete dieser die Rechtfertigung ihrer »vorsichtigen« Taktik, die Organisation und Erfolg nicht gefährden sollte. In der Systemkrise des Kapitalismus, die sich im Ersten Weltkrieg manifestierte, zerbrach die Internationale; die Parteiführungen der meisten Krieg führenden Länder hatten die internationalen Schwüre von 1907 (Stuttgart) und 1912 (Basel) ad acta gelegt und sich dem Nationalismus und den imperialistischen Kriegszielen der eigenen Kapitalistenklasse verschrieben.

Der Zerfall der Internationale 1914 war eine der Folgen des Reformismus. Die reformistischen Führer strebten den Konsens mit den eigenen Regierungen an; sie hofften auf »Anerkennung« und gleichberechtigte Aufnahme in die bür-

gerliche Gesellschaft, wenn sie in der Krise eines Krieges auf den Klassenkampf verzichteten und die strategischen Ziele ihrer Bourgeoisie unterstützten.

Das Bedürfnis nach internationaler Solidarität führte sehr bald zu einem neuen Zusammenschluss des (in sich heterogenen) revolutionären Flügels der II. Internationale auf den Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kienthal (1916). Daraus gingen 1919 die III. Kommunistische Internationale und 1921 die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Internationale 2 ½) hervor. Anfang Mai 1923 entstand die Sozialistische Arbeiterinternationale (SAI) erneut als Zusammenfassung der sozialdemokratischen Parteien. Die Komintern umfasste auf ihrem organisatorischen Höhepunkt Parteien in allen fünf Erdteilen. Infolge ihres »Geburtsfehlers« – des Übergewichts der Bolschewiki – und der »Bolschewisierung«, der Unterwerfung der außerrussischen Parteien, zerstörte sie sich selbst und wurde 1943 aufgelöst.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im September 1947 von sieben regierenden kommunistischen Parteien Europas, zu denen die KP Jugoslawiens gehörte, (plus die Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs, KPI und KPF, aber ohne die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, SED) das kurzlebige Kominform (Informationsbüro der kommunistischen und Arbeiterparteien) gegründet. Es wurde 1956 aufgelöst. Eine organisatorische Zusammenfassung aller oder vieler kommunistischer Parteien besteht seitdem nicht mehr. Nach längerer Mitarbeit in den internationalen Beziehungen der SED kam Harald Neubert (2000: 112) zu der Überzeugung, »dass man von der internationalen kommunistischen Bewegung, wie sie in Gestalt der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale und der aus ihr hervorgegangenen Parteien existierte, im Sinne eines realen politischen Subjekts nicht mehr sprechen kann«.

Die Sozialistische Internationale wurde 1951 erneuert, ist jetzt jedoch noch heterogener als früher. Die Bezeichnung »sozialdemokratisch« wurde auch von bürgerlichen Parteien vor allem in Lateinamerika und Portugal übernommen. Die tiefe politische Spaltung zwischen Reformisten und Revolutionären, die 1914 offenbar wurde, blieb bestehen. Keine der beiden Hauptströmungen hat heute ein einigermaßen »effizientes«, aktives internationales Zentrum.

Neben diesen größten internationalen politischen Zusammenschlüssen entstanden einige kleinere, z.B. die Vierte Internationale, die Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition (IVKO), das Londoner Büro (Internationale Arbeiterfront gegen den Krieg), die hier nur erwähnt werden können.

Die internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit hing zwar mit der politischen zusammen, wurde von dieser beeinflusst, hatte aber auch spezifische Züge und ging zum Teil völlig eigene Entwicklungswege. So wichtig die Aufgaben der internationalen Gewerkschaftsbewegung sind – sie können hier nicht ausführlicher analysiert werden (siehe auch Kap. 14).

Am Anfang des 21. Jahrhunderts ist die »eine Welt« trotz oder zum Teil wegen der Globalisierung geteilt nach Gesellschaftssystemen, sozio-ökonomischer Entwicklungsstufe, nach politischer und militärischer Macht. Es gibt vier sozialistische Inseln (China, Nordkorea, Vietnam und Kuba) – mit kommunistischen Regierungen, auf einem langen Weg zum Sozialismus – in einem kapitalistischen Ozean, dann die acht Staaten der Hochtechnologie (G 7 und Russland), die bei gelegentlich divergierenden Interessen den Weltmarkt noch dominieren. Schließlich die Vielzahl von Staaten verschiedener Größe und Interessen, die man zeitweise als »Dritte Welt« bezeichnete.

Die sozialistischen Bewegungen unserer Zeit arbeiten unter sehr unterschiedlichen Bedingungen, insofern auch mit unterschiedlichen aktuellen, konkreten Aufgaben. Es gibt aber trotzdem gemeinsame Interessen und Aufgaben, die nicht von einem dominierenden Zentrum aus, sondern nur in einem demokratischen Diskussionsprozess zu bestimmen sind. Nach den bisherigen Erfahrungen mit sozialistischen Großversuchen ist vielleicht auch die Vorstellung von einer sozialistischen Gesellschaft neu zu überdenken.

Der Internationalismus hatte immer verschiedene Facetten. Es gab einen, der von den nationalen und internationalen Organisationen ausging, und einen freiwilligen, nicht von vornherein organisierten, mehr spontanen. Der organisierte Internationalismus verkam bei beiden Strömungen – stärker noch bei der Komintern – allmählich zu einem Instrument staatlicher Außenpolitik. Der freiwillige (unbezahlte) Internationalismus in seinen vielen Formen ist oben erwähnt.

Für unsere Fragestellung sind folgende Hauptmerkmale und Entwicklungen der Weltpolitik und -wirtschaft besonders bedeutsam:

1. Fortgesetzte Internationalisierung des Kapitalismus bei Fortbestehen begrenzter politischer und ökonomischer Interessenunterschiede zwischen den kapitalistischen Mächten.
2. Gleichzeitiger Versuch, die Werktätigen national und international zu desolidarisieren, politisch und ökonomisch gegeneinander auszuspielen, indem ihre Führungen in die nationale Politik der »Standortsicherung« und »Wettbewerbsfähigkeit« ihrer Kapitalistenklasse eingebunden werden. Gerade das bestätigt die ökonomischen Interessengegensätze, die zwischen den führenden kapitalistischen Industrienationen jedoch nicht mehr zur militärischen Konfrontation führen.
3. Die Feindschaft der kapitalistischen Führungsmächte gegen die verbliebenen vier kommunistisch regierten Länder besteht weiter. In diesem Systemwettbewerb, dem internationalen Klassenkampf, werden unterschiedliche Taktiken angewandt vom Totalboykott bis zur Umwerbung (unter Ausnutzung der Spannungen zwischen diesen Staaten).

4. Oft gefördert von den kapitalistischen Führungsmächten entstehen weitere Mini-Nationalismen, nationale Befreiungsbewegungen.
5. Die Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten sind keineswegs frei von Problemen.
6. Die führenden sozialdemokratischen Parteien haben auch verbal den Sozialismus als Ziel aufgegeben, verzichtet auf Reformen (im alten Sinn) im Interesse der Werktätigen, sind in der »Regierungsverantwortung« Sachwalter ihres nationalen Kapitalismus geworden. Sie haben ihre früheren Funktionen als sozialdemokratische Reformparteien im Kapitalismus verloren. Für manche gewandelte kommunistische Partei gilt das gleiche. Die internationale kommunistische Bewegung ist zerfallen.

Neubert (1998: 35) schreibt dazu: »[Die kommunistischen Parteien] befinden sich jedoch – und zwar auf recht unterschiedliche Weise – in einem Erneuerungsprozess. Mehrere kommunistische Parteien haben gänzlich aufgehört zu existieren; andere haben sich in sozialistische Parteien mit reformistischen Positionen transformiert. In der Gegenwart besteht die dringend notwendige Aufgabe, eine auf Sozialismus orientierte und für Sozialismus kämpfende internationale Bewegung neu zu formieren, die politisch, sozial und ideologisch breiter und offener sein muss, als es die kommunistische Bewegung in der Vergangenheit war.«

7. Während der Lebensstandard der Werktätigen in den Industrieländern durch die Kapitaloffensive scharf angegriffen wird, wächst zugleich der Abstand zwischen den Arbeitenden der »Ersten« und »Dritten Welt«.

Das französische Kritische Wörterbuch des Marxismus (KWM) unterscheidet zwischen einigen Ausformungen des Internationalismus und versucht damit, die Problematik dieses Begriffes aufzuzeigen. Dem proletarischen stellt der Autor des Beitrags den tiersmondistischen Internationalismus gegenüber. Ersterer wendet sich (im 19. Jahrhundert) an die Arbeiterklasse der Industrieländer, ist also klassentheoretisch begründet; letzterer bezieht (im 20. Jahrhundert) die Kolonialvölker mit ein, denen insgesamt ohne Unterscheidung zwischen den auch in diesen existierenden Klassen – eine revolutionäre Rolle zugeschrieben wird. Dem revolutionären Internationalismus wird der Reformismus gegenübergestellt, der sich auf das Nationalinteresse beruft, während der Revolutionär immer auch Antiimperialist ist.

Kritisch meint das KWM, der Marxismus habe »die nationalen Gegebenheiten vernachlässigt«. Die kommunistische Bewegung habe »die Risiken der Machtpolitik, die jede Staatswerdung (darin eingeschlossen eine mit sozialistischer Zielsetzung) enthält, unterschätzt oder verleugnet ...; angesichts dieses zweifachen Mangels muss eine Wiederbelebung internationalistischer, revolutionärer, sozialistischer Praktiken sowohl auf einer Erneuerung der Imperialis-

mus-Analyse als auch auf einer Kritik des Nationalismus aufbauen«. (KWM Bd. 3: 571)

Die lange Debatte führender Sozialisten über Internationalismus und nationale Frage kann hier nicht vollständig referiert werden. Die Stellungnahmen reflektieren mehrere Faktoren: die internationale Ausbreitung der sozialistischen Bewegung, die sich im Laufe der Geschichte verändernden Aufgaben, die aktuellen Probleme in einzelnen Ländern. Vor dem Ersten Weltkrieg war die marxistische Position wenig problematisch; allerdings hätte der Russe Lenin ein unabhängiges Polen akzeptiert, während die Polin Luxemburg im Interesse der Stärkung der Revolution im ganzen Zarenreich den Verbleib ihres Landes im Reich befürwortete und daher die polnische Unabhängigkeit ablehnte. In der Revolution von 1917 forderte Lenin das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Lostrennung von Russland. Ähnliche Forderungen waren schon im Programm der Bolschewiki von 1906-09 formuliert worden.

Der Austromarxist Otto Bauer hingegen sah die Nation eher als eine Kultur-, Schicksals- und Charaktergemeinschaft. Karl Kautsky widersprach ihm, weil zwischen den Nationen der modernen Kultur eine enge Kulturgemeinschaft bestehe und weil in einer sozialistischen Welt dank umfassender Bildung der Werktätigen eine Weltkulturgemeinschaft entstehen werde.

Für manche Sozialisten, wie z.B. August Bebel und Jean Jaurès wird Internationalismus vereinbar mit der nationalen Verteidigung bei Bedrohung einer höheren nationalen Kultur durch eine niedrigere (oder z.B. bei der Bedrohung durch »russische zaristische Barbarei und Unterdrückung«). Damit wird für diese Kriegsgegner Internationalismus eigentlich nur im Frieden vorstellbar.

So wandelt sich mit dem Standort der Marxisten und dem Ende der Vorstellung von einer baldigen Weltrevolution auch der sozialistische Internationalismus.<sup>1</sup> Und es wäre falsch, alle Marxisten als Internationalisten zu sehen und alle Revisionisten als Sozialimperialisten. So wurde der Marxist Georgij Plechanow im Ersten Weltkrieg zum Patrioten, während der Revisionist Eduard Bernstein die SPD aus Protest gegen ihre Burgfriedenspolitik verließ.

Nach dem Sieg der russischen Revolution und der internationalen Blockade Sowjetrusslands sehen Bucharin und Preobraschenski (1920) die Sicherung der Existenz in der internationalen Solidarität und der Weltrevolution. Der Internationalismus muss ihrem Lande helfen. Aber da die erhoffte Weltrevolution nicht eintritt, wird in der Stalin-Ära, die den »Sozialismus in einem Lande« proklamiert, die wichtigste Aufgabe des Internationalismus der Schutz der SU, während die Revolution in der übrigen Welt zweitrangig wird. Beim »Erwachen«

<sup>1</sup> Siehe auch einige weitere Äußerungen marxistischer Forscher im Anhang.



der Völker Zentral- und Ostasiens kommt für eine kurze Zeit noch einmal die Hoffnung auf, die politische Isolation Sowjetrusslands aufzubrechen.

Trozkis permanente Revolution (1905) hat zwei Implikationen: Er verlangt schon vor dem Aufstand, dass die bürgerlich-demokratische russische Revolution bald in die proletarische übergeleitet werden muss. Nur so sei der Widerspruch mit der Bauernschaft zu lösen, die die Revolution getragen hat.

Die Politik der wichtigsten westeuropäischen Kommunistischen Parteien am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg war anfangs weitgehend konform mit den Bedürfnissen der Stalinschen Außenpolitik. Palmiro Togliatti, Generalsekretär der KPI, kehrte aus Moskau zurück und trat in die erste italienische Regierung nach dem Sturz Mussolinis 1943 ein; Ministerpräsident war Pietro Badoglio, bis 1943 Mussolinis Heerführer. Togliattis Amtszeit währte nur bis 1946; dann wurde er entlassen.

Nach Chruschtschows Öffnungsversuch 1956 dauerte es acht Jahre, bis Palmiro Togliatti in einem Artikel in der italienischen Zeitschrift *Nuovi argomenti* (1964) den Stalinschen Monolithismus, die starre zentralistische Struktur der von der KPdSU beherrschten Internationale ablehnte und die kommunistische Bewegung für polyzentrisch erklärte. Togliatti schrieb: »Die Gesamtheit des [sozialistischen] Systems wird polyzentrisch, und in der kommunistischen Bewegung kann man nicht mehr von einer Führungsmacht sprechen eingedenk eines Fortschritts, der sich vollzieht, indem er oft verschiedene Wege beschreitet.« (Zitiert nach Neubert 2006: 27)

Es dauerte weitere zwölf Jahre, bis sein Nachfolger Enrico Berlinguer erstmals auf der letzten internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien 1976 in Berlin von Eurokommunismus sprach. Der damit eingeleiteten neuen Wendung schlossen sich die Sekretäre der KPF und der KP Spaniens, Georges Marchais und Santiago Carrillo, 1977 an. Der Inhalt dieser von oben beschlossenen Wende wurde kaum klar formuliert; er war ambivalent, war Ausdruck des Zerfalls der drei noch wichtigsten europäischen Parteien und dessen beschleunigender Faktor. Der Terminus begrenzt diesen Kommunismus auf Europa, ist also nicht mehr internationalistisch.

Faktisch bedeutete er einen Zickzack-Kurs der Parteien: Verzicht auf revolutionäre Machteroberung und Diktatur des Proletariats, Bekenntnis zum friedlichen Weg der Regierungsbeteiligung. Offiziell sollte es ein dritter Weg sein – ungesagt blieb, zwischen welchen Alternativen. Es wurde ein sozialdemokratischer Weg, in etwa wie der der SPD vor dem Bad Godesberger Parteitag 1959. Marxismus, Diktatur des Proletariats, proletarischer Internationalismus wurden als Begriffe gestrichen. Damit konnte aber der organisatorische und politische Niedergang der eurokommunistischen Parteien nicht aufgehalten werden. Da die Wendung nicht in der Mitgliedschaft diskutiert wurde, setzte sich der Nie-

dergang in der Partei und bei den Wahlen fort, stark in Italien, noch stärker in Frankreich. Die Mehrheit der KPI hat den Kommunismus aus ihrem Namen gestrichen; Veltroni, einer ihrer wichtigsten Sprecher, hat den Kommunismus explizit abgelehnt. Die KPI spaltete sich in Strömungen; aber auch die Rifondazione Comunista unter Fausto Bertinotti hat sich dem parlamentarischen Weg voll geöffnet. Der Eurokommunismus hatte eine Lebensdauer von 10-15 Jahren; er existiert nicht mehr.

Während der Polyzentrismus noch als Bereitschaft gedeutet werden konnte, einer internationalen kommunistischen Bewegung anzugehören, war faktisch der Eurokommunismus der Verzicht auf den proletarischen Internationalismus. Die Koalitionspolitik – Ministerämter in bürgerlichen oder sozialdemokratischen Regierungen – endete überall in Westeuropa mit dem Verzicht auf eigene politische Positionen und dennoch mit der Entlassung der KP-Minister und Misserfolgen bei den Parlamentswahlen. Sie konnte den Rückgang des Einflusses nicht aufhalten, hat ihn vielleicht sogar verstärkt. Die Koalitionspolitik war Abkehr nicht nur von der früheren Komintern-Taktik, sondern auch weitgehend von ihrer Strategie. Diese besagte im Sinne von Rosa Luxemburgs Kritik am Millerandismus, dass Revolutionäre im bürgerlichen Staat im Allgemeinen in die Opposition gehören (vgl. Luxemburg 1898). Natürlich ist diese »alte« Position immer neu zu überprüfen. Aber soweit zu sehen ist, sind alle Koalitionsbemühungen der Kommunistischen Parteien gescheitert, wurden von ihren Partnern beendet. Und der demokratisch-parlamentarische Weg zum Sozialismus hat bisher in keinem Land die Bourgeoisie zum freiwilligen Verzicht auf ihre Herrschaft veranlasst.

Leo Trotzki schrieb 1923: »Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bürgerlicher Bevölkerung können nur im internationalen Maßstab gelöst werden, in der Arena der proletarischen Weltrevolution ... Das siegreiche Proletariat ... muß bewusst danach streben, die russische Revolution zum Vorspiel der Weltrevolution zu machen.« (Trotzki 1923: 6)

Die Führer der Oktoberrevolution hofften, die sozialökonomische und technologische Rückständigkeit nur (oder am einfachsten?) durch die proletarische Revolution im industriellen Europa zu überwinden. »[Das Proletariat] kann die russische Revolution nur dann zu Ende führen, wenn die russische Revolution in eine Revolution des europäischen Proletariats übergeht.« (Zitiert nach Vranicki 1983, II: 606)

Flechtheim (1959) hinterfragt den Internationalismus der kommunistischen Welt nach der Verurteilung der jugoslawischen Kommunisten 1948 und nach dem Bruch zwischen der UdSSR und der VR China. Hier zeigten sich nationale Risse und Interessenunterschiede, ja nationale Gegensätze. Flechtheim

meint daher: »Für eine neue Dritte Pseudo-Internationale ist vielleicht heute schon das kommunistische Lager zu groß und trotz allem Bemühen um Einheit schon zu vielfältig – nicht so sehr ideologisch als realpolitisch gesehen.« (Zitiert nach Keßler 2007: 134)

Titoismus, Eurokommunismus, Maoismus, andere selbständige Richtungen und die vielen Ketzer im Kommunismus bestätigen, dass der Stalinsche Monolithismus nicht dem Sinn des revolutionären Internationalismus entsprach.

Neubert (2000: 113) hinterfragt den offiziellen Internationalismus im Lager der realsozialistischen Länder. Im Rahmen seiner Tätigkeit in der Internationalen Abteilung des ZK der SED musste er »sehr bald begreifen, dass es ein mehrfaches Internationalismusverständnis gab, einen idealtypischen Internationalismus in der Theorie und Propaganda, einen praktizierten und wirkungsvollen selbstlosen Internationalismus der moralischen, politischen und materiellen Solidarität, und einen praktizierten, hegemonialen und interventionistischen, der erheblich vom ersten abwich und dem zweiten gelegentlich einen instrumentellen Charakter verlieh.« An anderer Stelle betont Neubert, der neue Internationalismus müsse im Wesentlichen marxistisch sein.

Der marxistische Soziologe Michael Löwy (1999) fragt zweifelnd, ob der proletarische Internationalismus wirksam war und ist: »Was ist übrig geblieben von dem großen Traum einer internationalistischen Solidarität der Unterdrückten 200 Jahre nach dem Ruf einer universellen Brüderschaft der ganzen Menschheit, der von der großen Französischen Revolution ausging, und 70 Jahre nach der Gründung der Kommunistischen Internationale? War nicht eher der Nationalismus die Haupttriebkraft der Weltpolitik? Und wie sollten sich Sozialisten dazu verhalten?« (Zitiert nach Keßler 2005: 171.)

Der Zusammenbruch der II. Internationale 1914, die vielen neuen Nationalismen am Ende des 20. Jahrhunderts machen Löwys zweifelnde Fragen verständlich. Die Bourgeoisie hat den proletarischen Internationalismus immer bekämpft, hat die Arbeiterbewegung mit Lockungen und Beschimpfungen an ihren Nationalismus zu binden versucht – mit teilweisem Erfolg und der Folge einer lang andauernden Spaltung der Arbeiterbewegung.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts erleben wir drei Entwicklungen:

1. Der Kapitalismus vernetzt sich militärisch und politisch, die internationalen und supranationalen Institutionen dienen nur den Klasseninteressen der Bourgeoisie.
2. Die neuen Technologien befördern und beschleunigen die grenzüberschreitenden ökonomischen Aktivitäten des industriellen und besonders des Finanzkapitals.
3. Aber gleichzeitig haben wir eine weitere mini-nationalistische Aufspaltung auch relativ kleiner Staaten. Die Randrepubliken im Westen und Süden der

UdSSR »verselbständigen« sich; und in einigen von ihnen geht die Aufspaltung weiter. Jugoslawien wurde in kleine Teile zerschlagen, ebenso die Tschechoslowakei. Neue Souveränitätswünsche gibt es in vielen Regionen (ETA, Kurdistan, Albaner in Mazedonien ...). Offensichtlich ist ein großer Teil dieser nationalen Unabhängigkeitsbewegungen wesentlich durch die ökonomischen und politischen Interessen der kapitalistischen Führungsmächte gefördert. Besonders deutlich wurde das bei der Zerschlagung Jugoslawiens im von der BRD maßgeblich mitinitiierten Krieg 1991 und wird das bei dem »Wunsch« westlicher Regierungen nach der Unabhängigkeit Tibets und Uiguriens.

Nach dem Ersten und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg hat es genuine Unabhängigkeitsbewegungen gegeben, die sich gegen den Kolonialismus der europäischen Großmächte richteten, in denen ein revolutionäres Potenzial enthalten war und in denen Kommunisten und Sozialisten eine führende Rolle spielten. Marxisten haben die klassenmäßigen Kriterien der nationalen Befreiungsbewegungen hinterfragt. Diesen Aspekt behandelt der marxistische Historiker Isaac Deutscher in einem Brief aus dem Jahr 1960 am Beispiel des algerischen Unabhängigkeitskrieges. Er schreibt: »Ich bin mir nicht sicher, ob es richtig ist, wenn sich ein französischer Marxist so vollkommen, so ohne jeden Vorbehalt, mit der Politik der FLN (Front de liberation nationale) identifiziert. Natürlich ist es die Pflicht eines jeden französischen Marxisten, und der Linken überhaupt, das Recht der Algerier auf Selbstbestimmung, welches das Recht auf Loslösung von Frankreich und das Recht auf totale Unabhängigkeit einschließt, zu verteidigen.

Aber selbst in dieser Frage, so meine ich, kommt man nicht ohne Klassenkriterien aus. Bevor man der FLN bedingungslose Unterstützung gibt, muss man sich die Frage stellen: Was ist der Klassencharakter der FLN? ... Deshalb ist es auch die Pflicht des Marxisten, in einer Einheitsfront (mit der FLN) seinen eigenen Standpunkt sowie eine kritische Haltung gegenüber seinen Alliierten, in diesem Fall nationalistischen Alliierten, zu bewahren.« (Zitiert nach Syré 1984: 265)

In der politischen Konfusion der europäischen Linken ist die Frage nach dem Inhalt der aktuellen nationalen Bewegungen weitgehend ausgeblendet. Englische Sozialisten solidarisierten sich mit dem Kommunistenmörder Saddam Hussein, weil er vom US-Militär bedroht und dann besiegt wurde. Deutsche Sozialisten solidarisierten sich mit den iranischen Kommunistenmördern aus den gleichen Gründen. Bei manchen dieser fragwürdigen weltpolitischen Positionen mag früher die außenpolitische »Freundschaft« der Sowjetunion mit Staaten mitgewirkt haben, die (oft nur zeitweise) mit Washington verfeindet waren. Der alte Internationalismus, der integraler Bestandteil des Denkens

und Handelns der revolutionären Arbeiterbewegung war, ist nicht mehr; damit hat Löwys Zweifel und Klage seine Berechtigung. In den Stellungnahmen sozialistischer Parteien zu weltpolitischen Entwicklungen ist eine Klassenanalyse meist nicht zu finden.

Mario Keßler (2005) verweist auf bürgerliche »Anklagen«, die Linke habe »die nationale Frage« oder die nationalen Fragen, die auch die Werktätigen betreffen, vernachlässigt oder gar ignoriert. Es stellen sich also einige Fragen:

- Stimmt der bürgerliche Vorwurf der Vernachlässigung der nationalen Fragen?
- Wie ist das Verhältnis zwischen den nationalen Interessen der Werktätigen und denen der eigenen Bourgeoisie?
- Vor welchen Problemen steht ein notwendiger neuer Internationalismus?

Die revolutionäre Bewegung hat die berechtigten nationalen Anliegen der Völker weitgehend berücksichtigt, wobei man einige verbale Ausnahmen des jungen Engels nicht vergessen darf, die Rosdolsky (1979) behandelt und kritisiert. Aber Engels sagt auch (1874): »Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren. Die Macht, deren es zur Unterdrückung der anderen bedarf, wendet sich schließlich immer gegen es selbst.« (MEW 18: 527)

Das nationale Selbstbestimmungsrecht der Völker war eine alte sozialistische Forderung und bleibt auch heute eine Forderung. Die Bolschewiki haben diese in der Oktoberrevolution verwirklicht. Lenin hat danach immer wieder gegen den großrussischen Chauvinismus Stellung bezogen und noch in seinen letzten Briefen vor Überheblichkeit und Übergriffen gegen die kleinen Nationalitäten der Sowjetunion gewarnt. Manche Marxisten warfen Rosa Luxemburg vor, sie habe das Selbstbestimmungsrecht Polens bestritten. Rosa Luxemburg konnte als polnische Internationalistin – wie oben erwähnt – gegen die staatliche Selbständigkeit Polens sprechen, weil sie mit den russischen Revolutionären zusammengehen wollte und weil sie die Konsolidierung des Kapitalismus in einem unabhängigen Polen voraussah. Nicht unterschiedliche politische Positionen, sondern unterschiedliche Standorte führten zu unterschiedlichen Stellungnahmen von Lenin und Luxemburg in der nationalen Frage.

Der bürgerliche Vorwurf stimmt also historisch keineswegs. Aber die revolutionäre Arbeiterbewegung hat sich immer gegen die Bemühungen der Bourgeoisie in allen Ländern gewandt, ihre nationalen Ziele als die gemeinsamen Ziele aller Staatsangehörigen zu erklären und damit die Werktätigen vor ihren nationalistischen Karren zu spannen und vom Klassengegensatz abzulenken. Die (spezifischen) nationalen Interessen der werktätigen Mehrheit sind in selbständigen Staaten völlig andere als die ihrer herrschenden Klasse, defensiv, nicht aggressiv. Das bedarf angesichts der Geschichte des deutschen Kapitalismus keiner weiteren Beispiele.

Eine gewisse begrenzte Zusammenarbeit von Bourgeoisie, Proletariat und Bauernschaft konnte es dagegen in den Kolonien und Halbkolonien geben. Das galt z.B. für Indien bis zur Unabhängigkeit 1947. Der lange Kampf um Chinas Unabhängigkeit indes zeigte die Spaltung der Bourgeoisie noch deutlicher als Indien. Ein kleiner Teil der chinesischen Bourgeoisie unterstützte die Roten Armeen, die allein einen wirksamen Krieg gegen den japanischen Imperialismus führten; für den entscheidenden Teil der Bourgeoisie war jedoch die Gegnerschaft gegen die Werktätigen und der Hass auf die Kommunisten stärker als die nationale Gegnerschaft gegen Japan.

Für die Befreiungsbewegungen des 21. Jahrhunderts gilt, was Deutscher 1960 sagte: Die Klasseninteressen sind entscheidend für die Bestimmung einer sozialistischen Position. Da die revolutionäre Weltbewegung heute – anders als 1914 – in den einzelnen Ländern unterschiedliche Aufgaben hat, kann auch die Position in weltpolitischen Fragen nicht immer für alle Länder gleich sein (siehe dazu Kap. 13).

In unserer Zeit der intensivsten internationalen Vernetzung des Kapitalismus, der Verlagerung von Produktionen, des vagabundierenden Finanzkapitals ist der Internationalismus notwendiger denn je. Das gilt für den gewerkschaftlichen und den politischen Kampf. Vereinfacht kann für den internationalen Klassenkampf gelten:

- Keine Gemeinsamkeit mit der eigenen Bourgeoisie.
- Nationale Unabhängigkeitsbewegungen sind nach ihrer sozialen Basis und ihrer politischen Zielsetzung zu beurteilen.
- Nicht jeder Gegner der kapitalistischen Führungsmächte kann unsere Solidarität erhalten.
- Nicht jede Allianz sozialistischer Staaten kann vorbehaltlos unterstützt werden.

Im Allgemeinen hat die marxistische Linke dem Nationalismus keine Konzessionen gemacht. Nur in der ultralinken Periode der KPD gab es Versuche, durch nationalistische Parolen »den Faschisten das Wasser abzugraben« oder »irregeleitete Arbeiter und Erwerbslose« zur Arbeiterbewegung zurückzuholen – ein vergebliches Bemühen. Der ständige Kampf gegen den Nationalismus ist wichtiger Teil der Erziehung zu Klassenbewusstsein und Solidarität.

gibt. Der Marxismus ist nicht monolithisch und einfältig, sondern plural und vielfältig. Ebenso müssen Aufbaustrategien vielfältig sein und regelmäßig überprüft werden. Das widerspricht den von Stalinismus und Maoismus geprägten Vorstellungen vieler treuer Kommunisten in der kapitalistischen Welt, die nur diese zwei Modelle kannten, sich kein anderes vorstellen konnten, auch weil die Alternativen als Versuche der Rückkehr zum Kapitalismus verketzert wurden. Die Exkommunikation kommunistischer Alternativen, die Stalin sehr früh eingeführt hatte, wurde von Mao Zedong übernommen; sie hat der revolutionären Bewegung schwer geschadet, den sozialistischen Aufbau behindert.

So sahen auch viele westliche Marxisten in jedem Reformversuch eine Gefährdung des Sozialismus. Das Gegenteil ist richtig: Ohne Bereitschaft und Fähigkeit zu selbstkritischer Überprüfung und frühzeitiger Korrektur kann der Sozialismus nicht aufgebaut werden. In den Parteien des (regierenden) Stalinschen Typs wurden die Anhänger jedoch anders geschult: Die Generallinie war richtig, durfte nicht angezweifelt werden; für den Nicht-Erfolg wurden Sündenböcke gesucht – das waren die Kritiker mit ihren alternativen Vorschlägen. Diese Methode, Geschlossenheit durch Kadavergehorsam zu schaffen, statt durch Überzeugung, hat viele Menschen aus der kommunistischen Bewegung exkommuniziert und hinausgedrängt. Letztes Beispiel ist der oben erwähnte, von dem westdeutschen Marxisten Heinz Jung kreierte »Gorbatschowismus«.

### 13.8 Die politischen Aufgaben

Aus dem Zerfall der Internationalen ergeben sich u.a. folgende Erkenntnisse. Einige Axiome sozialistischen Denkens sind durch die Realität widerlegt, z.B. dass zwischen sozialistischen Ländern immer friedliche Beziehungen bestehen, dass der Sozialismus die nationalen Fragen löst. Der militärische »Export der Revolution« hat sich als nutzlos erwiesen. Auch der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in einem Lande, besser: eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie einer kommunistischen Regierung, darf nicht als Modell für andere Länder dienen. Der Weg des sozialistischen Aufbaus ist von Land zu Land unterschiedlich. Ähnlich Ho Chi Minh (1968): »Was die Gegenwart angeht, so dürfen wir uns beim Aufbau des Sozialismus nicht einfach mechanisch an das Vorbild eines der Brudervölker halten, weil unser Land seine Gesetzmäßigkeiten hat. Mißachtung der Eigenheiten des eigenen Landes, verbunden mit mechanischer Übernahme der Methoden der Brudervölker, ist einer der schwerwiegendsten Fehler, nämlich Dogmatismus.«<sup>83</sup>

<sup>83</sup> Zitiert nach Handbuch der Dritten Welt, Bd. 4/11, S. 733-759, hier S. 741.

Revolutionäre Parteien sind gleichfalls in jedem Land anders. Jede Gleichschaltung (»Bolschewisierung«) hindert die Entfaltung des eigenen schöpferischen und kämpferischen Potenzials.

Eine Weltrevolution, wie sie die russischen Revolutionäre nach dem Oktober 1917 als sich selbst verbreitenden Flächenbrand erhofften, erweist sich als ein sehr langer Prozess mit Rückschlägen. Alle Versuche, die Revolution (durch siegreiche Rote Armeen) in andere Länder zu tragen, sind fehlgeschlagen.

Angesichts der unterschiedlichen Arbeits- und Kampfbedingungen können zwar Grundsätze gemeinsam beschlossen werden, Taktik und Strategie müssen jedoch länderspezifisch erarbeitet werden, wobei Kritik der anderen Parteien durchaus notwendig ist. »Vereinfachende« Erfolgsberichterstattung ist schädlich, weil sie den Werktätigen die politische Einsicht in die Probleme und Hindernisse jedes sozialistischen Aufbaus verwehrt. Das Verhältnis revolutionärer Parteien zueinander muss von kritischer Solidarität bestimmt sein.

Zu den gemeinsamen Aufgaben sozialistischer und kommunistischer Parteien können die folgenden gehören:

1. Solidarität in Streiks und bewaffneten Klassenkämpfen.
2. Kampf gegen die Kriegsgefahr.
3. Hilfe in Notlagen für gefährdete sozialistische Staaten.
4. Internationaler Erfahrungs- und Gedankenaustausch über Fortentwicklung des Marxismus, über Probleme und Kämpfe sozialistischer Bewegungen und über Probleme des sozialistischen Aufbaus in China, Vietnam, Nordkorea und Kuba.
5. Zu den Aufgaben marxistischer Debatte werden gehören: Aufarbeitung des Niedergangs der kommunistischen Bewegung, Analyse des heutigen Kapitalismus, soziale Strukturanalyse der Arbeiterklasse, Entwurf eines landesspezifischen strategischen Konzepts sozialistischer Politik, Erarbeitung neuer Organisationsprinzipien der revolutionären Bewegung.
6. Solidarische Kritik an für uns erkennbaren Mängeln und Fehlern kommunistischer Regierungen.
7. Internationale Verständigung der Werktätigen, hier vorwiegend ihrer Gewerkschaften, Betriebsräte und ähnlicher Institutionen gegen die Strategien der multinationalen Konzerne und supranationalen Institutionen.

Zum Teil infolge des Missbrauchs des Internationalismus durch kommunistische Regierungen, zum Teil als Folge der tiefen Krise der sozialistischen Bewegung nach 1989/90 und der nationalen Einbindung der Führungen vieler Gewerkschaften und Arbeiterparteien in die reformistische Strategie der Sozialpartnerschaft ist gegenwärtig die internationale Solidarität schwach und die deutsche Arbeiterbewegung stark auf Europa konzentriert. Die häufigen radikalen, zum Teil bewaffneten Bewegungen und Aktionen von Kleinbauern, Land-



losen, Arbeitern in mehreren Ländern Lateinamerikas und Asiens, etwas auch in Afrika, große Streikbewegungen in den USA oder Frankreich werden in den beinahe monopolisierten Medien kaum erwähnt und hier weitgehend ignoriert. Dabei haben die Kämpfe auf den Dörfern und in den vom Auslandskapital beherrschten Unternehmen oft größeren Umfang, sind manchmal regional begrenzt auf »befreite Zonen«, in denen die Staatsmacht kaum präsent sein kann. Der internationale Austausch von Informationen über Klassenkämpfe muss wieder verstärkt werden.

Für die erwähnten und andere internationale Aufgaben bedarf es neuer Institutionen, die in der gegenwärtigen Depression nicht von oben gegründet werden können, die erst bei einem neuen umfassenden Aufschwung nationaler Klassenkämpfe entstehen werden. Aktuelle internationale Aktivitäten können trotzdem intensiviert werden, z.B. Debatten über die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie, gewerkschaftliche Solidaritätsaktionen in multinationalen Unternehmen oder für verfolgte Arbeiterfunktionäre, materielle Hilfe für Vietnam und Kuba. Aus den Fehlern und Irrtümern früherer Internationalen sind die Lehren zu ziehen und bei Entstehung neuer internationaler Zusammenschlüsse ihre Wiederholung zu vermeiden.

Bei einem Neubeginn internationaler Zusammenarbeit von Sozialisten geht es einmal um organisatorischen, zum anderen auch um einen politischen Neubeginn. Die stalinistische Version des Kommunismus hat sich als eine Sackgasse gesellschaftlicher Entwicklung erwiesen und zur Selbstzerstörung geführt. Ebenso war auch der revisionistische Weg der schrittweisen Eroberung der Mehrheit und dann der Macht mittels allgemeiner Wahlen kein Weg zu irgendeiner Form von Sozialismus. Im langen Marsch durch die Institutionen und Parlamente sind die Repräsentanten der Werktätigen über viele Stufen »zwangsläufiger Kompromisse« völlig in die Institutionen kapitalistischer Klassenherrschaft integriert worden. Die führenden Vertreter des angeblich neuen dritten Weges – Tony Blair und Gerhard Schröder – betrieben eine Politik völlig im Interesse der Bourgeoisie und hatten keinerlei Reformen im Sinn, die die Lage der Werktätigen im Kapitalismus verbessern. Der Verzicht auf eine revolutionäre Umgestaltung und eine sozialistische Zielsetzung impliziert die Akzeptanz des kapitalistischen Gesellschaftssystems und führt schließlich zum Verzicht auch auf wirkliche Reformen.

Da wesentliche (historische) Erfahrungen vorliegen, die noch theoretisch zu analysieren sind, beginnt eine sich erneuernde sozialistische Bewegung nicht ideologisch am Nullpunkt. Ähnlich wie Neubert denke ich, der Marxismus wird das dominante Analyseinstrument zur Beantwortung der Gegenwartsfragen einer neuen Internationale sein. Er muss jedoch weiter entwickelt werden; er kann sich nicht mit der Berufung auf die Klassiker begnügen. Der Marxis-

mus ist zudem nicht monolithisch, sondern plural; und marxistische Antworten dürften in einigen Ländern und unter unterschiedlichen Kräfteverhältnissen unterschiedlich ausfallen. Manche Fragen der Strategie und Taktik des Klassenkampfes müssen tolerant diskutiert werden und offen bleiben, so z.B. die Formen der Überwindung des kapitalistischen Staates und seines Repressionsapparates. Die bisherige Erfahrung besagt, dass es noch keinen friedlichen, schrittweisen Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft gegeben hat. Denn noch bleibt die Zukunft offen; die Frage kann nicht durch Theoriediskussionen endgültig entschieden werden.

So heißt es z.B. im Programm der japanischen KP von 2004: »Die schrittweise Transformation wird nicht in einem kurzen Zeitraum durchgeführt werden; es wird ein langer Prozess sein, der Schritt für Schritt fortschreiten muss auf der Grundlage eines nationalen Konsensus. Eine solche Transformation beginnt mit der Herstellung eines Konsensus einer Mehrheit des Volkes, die ein Fortschreiten zum Sozialismus-Kommunismus unterstützt; eine zum Sozialismus strebende Kraft wird sich mit Unterstützung einer starken parlamentarischen Mehrheit bilden. Die Schaffung eines nationalen Konsensus ist Vorbedingung für ein Handeln während dieser Schritte.«<sup>84</sup>

Rosa Luxemburg nannte als dritten und vierten Punkt im Entwurf der Junius-Thesen, die am 1. Januar 1916 auf der Konferenz der Gruppe »Internationale« angenommen wurden, die »Internationale (den) Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats« und gab internationaler Disziplin erste Priorität. In den 21 Bedingungen des 2. Weltkongresses der Komintern vom Juli-August 1920 wird ähnlich formuliert: »Alle Beschlüsse der Kommunistischen Internationale wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die Kommunistische Internationale, die unter Bedingungen des schärfsten Bürgerkriegs tätig ist, muß viel zentralisierter aufgebaut sein als die II. Internationale.« (LW 31: 197)

Allerdings war der Entwurf Lenins weniger rigoros als später Sinowjew, indem »all den mannigfaltigen Verhältnissen Rechnung getragen« werden sollte und »allgemeinverbindliche Beschlüsse nur in Fragen, in denen solche Beschlüsse möglich sind, gefaßt werden sollten«. Was darüber hinausgeht, ist schädlich, wie die Erfahrung lehrt.

Dieser internationalistische Rigorismus, so wünschenswert er wäre, ist heute nicht durchsetzbar. Keine revolutionäre Partei wird einen organisatorischen oder politischen Führungsanspruch haben können. Alle Parteien, unabhängig von ihrer Größe und von ihrem Status, müssen gleichberechtigt sein. Eine polyzentrische Organisation, die sich einem undogmatischen, pluralen Marxismus

---

<sup>84</sup> Working in Solidarity (2006), S. 203.

verpflichtet fühlt, kann nicht durch Mehrheitsbeschlüsse alle angeschlossenen Parteien zu einer Aktion zwingen oder ihnen eine bestimmte Taktik auferlegen. Politische Souveränität setzt jedoch auch materielle Eigenständigkeit voraus. Bei legalen Arbeitsbedingungen sollten daher revolutionäre Parteien finanziell unabhängig sein, ihre Aktivitäten aus eigenen Mitteln finanzieren. Diese Forderung erhebt gegenwärtig auch die KP Japans.

Ein neues internationales organisatorisches Zentrum wird nur als Kollektiv von Vertretern vieler nationaler sozialistischer Parteien wirken können; seine Angehörigen müssen internationale Erfahrung haben und werden dennoch keine Handlungsanweisungen geben dürfen.

Einige bisher angewandte Methoden zur Ausbreitung der Revolution haben sich als geradezu schädlich erwiesen. So die Versuche, militärisch die Revolution in Nachbarländer zu tragen oder die Gründung von kommunistischen Ge- genparteien in anderen Ländern. Revolutionen können nicht in andere Länder exportiert werden. Solidarität bedeutet indes, den Export von Konterrevolutionen zu verhindern.

Der Erfahrungs- und Meinungsaustausch muss Strategie und Taktik aller Parteien umfassen. Es hat sich als schädlich erwiesen, dass die Aufbau-erfolge regierender kommunistischer Parteien kritiklos dargestellt, übertrieben oder gar als Modell für »weniger erfolgreiche« Parteien empfohlen wurden. Auch eine erfolgreiche Revolution oder Aufbaustrategie kann niemals kopierfähiges Modell sein. Richtig und aufrichtig ist es, den internationalen Werktätigen Probleme und Hindernisse einer sozialistischen Entwicklung zu erklären. Die Offenheit ist Vorbedingung für sinnvolle gemeinsame Aktionen.

Eine besonders wichtige Aufgabe wird eine offene marxistische Debatte sein, die die Ursachen von Irrwegen und Niedergang des Kommunismus analysiert, Theoriedefizite aufarbeitet und zur Weiterentwicklung eines pluralen Marxismus beiträgt.

Politische Organisationen der Werktätigen sind auch in Zukunft unerlässlich, nicht »Volksparteien«. Sie haben die Aufgabe, den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen die Richtung zu weisen. Das kann nicht geschehen, indem irgendeine politische Strömung, Fraktion, Partei einen Führungsanspruch erhebt oder einen solchen gar in der Staatsverfassung festschreibt. Politische Führung im Klassenkampf ergibt sich nur, wenn es den Revolutionären gelingt, die Mehrheit der Werktätigen durch bessere Ideen, bessere Leistungen im täglichen Klassenkampf zu überzeugen.<sup>85</sup>

---

<sup>85</sup> Luxemburg sagt dazu: »Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der pro-

Notwendig ist umfassender internationaler Informationsaustausch über Klassenkämpfe, seien sie gewerkschaftliche und solche um sozialökonomische Forderungen oder politisch-militärischer Art (Landlosenbewegungen in Lateinamerika oder in Zentralindien). Angesichts der (vereinfacht dargestellt) dreigeteilten Welt ergeben sich völlig unterschiedliche Aufgaben, die hier nochmals zusammengefasst werden.

Die von den Kommunisten geführten Länder müssen dem sozialistischen Aufbau und dem Schutz gegen kapitalistische (militärische oder ökonomische) Intervention Vorrang gewähren. Sie haben mit der Revolution die Phase des Klassenkampfes im Wesentlichen abgeschlossen. Dagegen verschärften die gerade dominierenden Richtungen unter diesen Voraussetzungen den innerparteilichen Fraktionskampf bis zur Vernichtung der kommunistischen Opponenten. Sie müssen mit der kapitalistischen Umwelt – gleich welcher Regierungsform – ökonomisch und politisch koexistieren. Ihre Aufbau- und Entwicklungsprobleme sind, wie oben erwähnt, den Sozialisten anderer Länder zu erklären.

In den wenigen hochindustrialisierten Ländern stehen wir vor einer widersprüchlichen Situation. Nach dem politischen Zusammenbruch und der widerstandslosen Kapitulation der »führenden Parteien der Arbeiterklasse« in Europa befindet sich die sozialistische Linke in einem Zustand der Lähmung und Orientierungslosigkeit. Auf der anderen Seite erleben die Werktätigen (zu ihnen gehören auch die neuen scheinselfständigen »Arbeitskraftunternehmer«, die Millionen Erwerbslosen und die Millionen Rentner) eine brutale Kapitaloffensive, die systematisch die Errungenschaften des jahrzehntelangen Kampfes um Reformen abbaut (Sozialversicherung, Reallohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen) und die physische Ausbeutung intensiviert, immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse (ohne soziale Sicherung) schafft. Arbeitslosigkeit ist für Millionen Realität und Drohung für die noch in Arbeit Stehenden. Der Klassenkampf für die Lebensbedingungen steht infolgedessen auf der Tagesordnung, ferner der Kampf gegen Kriegs- und Expansionspolitik, gegen den wachsenden Rechtsradikalismus. Hier kann es nur begrenzte Bündnisse geben – nur mit Gruppen und Schichten, mit denen die Werktätigen gemeinsame Interessen haben, nicht mit der Kapitalistenklasse und ihren Vertretern, mithin keine Volksfront.

Auch die »nationalen« außenpolitischen Ziele der Werktätigen sind im Allgemeinen denen der herrschenden Klasse entgegengesetzt. Und unsere Kritik an Fehlentwicklungen in sozialistischen Ländern geht von einem anderen Gesichtspunkt aus als die kapitalistische Kritik.

---

letarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.« (GW 4: 448)

In den hoch industrialisierten kapitalistischen Ländern hat die Verteidigung der sozialen und ökonomischen Standards der Werktätigen höchste Priorität. Diese kann nur erfolgreich sein mit einer sozialistischen Zielsetzung und im Gegensatz zur sozialpartnerschaftlichen Taktik des Reformismus. Dabei ist wiederum internationale Solidarität dringend erforderlich, um ein Ausspielen der Werktätigen der Billiglohnländer gegen die der »Hochlohnländer« zu verhindern. Bisher fehlt den europäischen freien Gewerkschaften eine internationalistische Strategie, die Arbeitsimmigranten akzeptiert und integriert (d.h. für diese auch eine gleiche Entlohnung und gleiche Arbeitsbedingungen durchsetzt), aber zugleich die Auslagerung von Produktionsketten in Billiglohnländer (und damit die »Standortkonkurrenz« der Werktätigen untereinander) verhindert (siehe dazu Kap. 14).

Zu den Aufgaben der sozialistischen Bewegung der Industrieländer gehört die Solidarität mit den Werktätigen der Entwicklungsländer. Auch diese muss im Gegensatz zu den kapitalistischen Strategien der Globalisierung, der verschärften Ausbeutung und der massiven Bevormundung durch die internationalen Finanzinstitutionen stehen.

In den Entwicklungsländern sind die Kampfbedingungen und der Reifegrad der sozialistischen Bewegung außerordentlich unterschiedlich. Oft ist eine Arbeiterklasse erst im Entstehen oder ist noch nicht eine Klasse für sich, die bereits über die Kraft zur klassenbewussten Selbstorganisation verfügt. Wo jedoch im Gefolge kapitalistischer Investitionen größere Arbeitermassen zusammenkommen (z.B. Abbau von Erzen oder Gewinnung von Erdöl und Erdgas), sollte solidarische Hilfe zur Organisation und zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Selbstverständlich arbeiten Sozialisten international gegen imperialistische Kriege, gegen Rüstung und Rüstungsexport. In dieser Frage muss es unterschiedliche Positionen für Sozialisten in sozialistisch regierten Ländern, in kapitalistischen Staaten und in den wenigen Kolonien und Halbkolonien geben. Für sozialistische Länder sollte eine rein defensive Militärdoktrin gelten.

Notwendig ist die Rückkehr zu einer Klassenanalyse der weltpolitischen Akteure. Auch darf die Gegnerschaft gegen den US-Imperialismus nicht dazu führen, die jeweiligen Gegner der USA unbesehen zu unterstützen. Der US-Imperialismus hat auch ganz reaktionäre Gegner. Die regierenden Kommunisten müssen vorrangig (nationale) Interessen ihrer Arbeiter- und Bauern vertreten, ihr Land und dessen Revolution schützen, müssen mit allen Staaten handeln und verhandeln. Das ist nicht (expansiver) Nationalismus, sondern defensive Vertretung der nationalen Interessen. Die Werktätigen der kapitalistischen Länder müssen ihren Klassenkampf weiterführen, dürfen nur vorübergehende Kompromisse mit ihrer Bourgeoisie schließen. Es wäre schließlich für die eigene

Kampffähigkeit und damit auch für die Kraft zur Hilfe und Verteidigung sozialistischer Länder nicht gut, wenn sie pauschal alles verteidigen würden, was in einem sozialistischen Land geschieht. Die Entwicklung und die Probleme dieser Länder gilt es zu erkunden und mit kritischer Solidarität zu begleiten. Der eigene Klassenkampf darf davon nicht beeinträchtigt werden.

Die sozialistischen Parteien werden souverän sein müssen. Denn nur so können sie die für ihre spezifischen Bedingungen passenden Strategien und Taktiken entwickeln. Diese Unabhängigkeit ist im Laufe der Geschichte der internationalen Zusammenarbeit seit 1917 immer wieder gefordert worden, so von Luxemburg, Lenin, Thalheimer, Gramsci, Togliatti bis zu Chruschtschow und Gorbatschow (siehe Anhang 15.4).

Man kann sich ein »magisches Dreieck« vorstellen: Selbständigkeit der Parteien – internationale Solidarität – Kritik. Diese drei hängen eng zusammen, bedingen einander. Nur politisch und materiell selbständige Parteien sind auf die Dauer zu aktiver Solidarität und Kritik an Irrtümern und Fehlern fähig. Ohne Kritik ist auch wirkliche Solidarität nicht möglich, sondern nur Beifall und Lobhudelei für stärkere (regierende) Parteien; das nützt den Regierenden nicht und schadet dem eigenen Ansehen. Kritische Solidarität ist Ausdruck wirklicher Kampfgemeinschaft.

Eine Aufgabe einer neuen revolutionär-sozialistischen Internationale könnte der Versuch sein, in einem geduldrigen Klärungsprozess die historisch notwendige Spaltung in einigen Ländern zu überwinden und eine auf den Erfahrungen begründete Synthese zu finden; diese würde die demokratische Verfasstheit und Erfahrung der Arbeiterbewegung der alten Vorkriegssozialdemokratie mit dem revolutionären Kampfwillen des Kommunismus zusammenführen. Am Ende dieses Prozesses stünde ein demokratischer Kommunismus, der den Erfahrungen der deutschen Werktätigen entsprechen würde.

Sozialistische »Weltpolitik«, d.h. Einflussnahme der Arbeiterbewegung auf weltpolitische Entwicklungen kann nicht geschehen durch einmarschierende Rote Armeen, sondern als Kampf der Werktätigen jedes Landes gegen expansionistische Politik und Kriege der eigenen Regierung. Eine Ausdehnung der sozialistischen Welt wird ein schrittweiser Prozess des Zusammenwirkens der revolutionären Bewegungen der ganzen Welt aus eigenen Kräften jedes Landes sein. Diese suchen ihre Verbündeten mehr bei Regierungen, die eine soziale Transformation ihres Landes vorantreiben und revolutionäre nationale Befreiungsbewegungen unterstützen. Insofern unterscheidet sich ihre Weltpolitik von der imperialistischer Mächte.

Ein Internationalismus neuer Qualität ist erforderlich: die solidarische Zusammenarbeit gleichberechtigter Parteien mit innerer Souveränität, d.h. dem Recht auf volle Eigenbestimmung. Nur aus solcher Zusammenarbeit kann von

unten nach oben ein neues internationales Koordinationsinstrument entstehen. Vordringlichste Aufgabe jeder »nationalen« Bewegung ist die eigene Revolution im eigenen Lande.<sup>86</sup> Dann sind die Probleme der Bruderparteien offen darzulegen und zu debattieren, die Erfahrungen anderer Länder auszuwerten, erkennbare Fehler kameradschaftlich zu diskutieren. Selbstverständlich ist Solidarität mit revolutionären Bewegungen, die sich nicht auf die sozialistisch-kommunistischen Regierungen verlässt, sondern in jedem Lande materielle und politische Unterstützung mobilisiert.

Wenn Kommunisten die Macht in einem Land übernommen haben, ist der traditionelle Internationalismus neu zu überdenken. Vor der Machteroberung haben die Revolutionäre aller Länder im Wesentlichen gemeinsame oder ähnliche Aufgaben und Ziele. Danach jedoch bleiben die langfristigen Ziele gleich, aber die täglichen Aufgaben sind länderspezifisch. Eine gemeinsame internationalistische Position der Arbeiterbewegung – wie im Ersten Weltkrieg – gibt es heute nicht. Das hat mehrere Gründe: Verzicht der kommunistischen Parteien auf marxistische Analyse und revolutionäre Zielsetzung, aber auch die Ungleichzeitigkeit und Ungleichartigkeit revolutionärer Bewegungen.

Eine neue Internationale wird nur als Zusammenfassung und Zusammenarbeit eigenständiger und gleichberechtigter Parteien wirken können. Nicht in der bürokratisch erzwungenen, widernatürlichen Einstimmigkeit, sondern gerade in der Vielfalt der Meinungen und internationalen Erscheinungsformen wird sich der wirkliche Marxismus ausdrücken, seine Lebens- und Anpassungsfähigkeit an unterschiedliche Bedingungen und Aufgaben erweisen.

Über die Außenpolitik sozialistischer Länder ist ebenfalls neu nachzudenken. Das betrifft die Außenbeziehungen sowohl zu anderen Ländern wie zur sozialistischen Bewegung. Vor dem Sieg bedürfen die Revolutionäre der internationalen Solidarität und rufen nach ihr. Freiwillige kommen ihnen aus vielen Ländern zu Hilfe, unbezahlt und nicht von anderen Staaten oder der Komintern entsandt. Sie bilden ein kleines Gegengewicht gegen die kapitalistischen Interventionsversuche. Sie versuchen daher auch nicht, die politischen Entscheidungen zu beeinflussen, sondern integrieren sich bescheiden und diszipliniert in

---

<sup>86</sup> Lenin dazu (1917): »Es gibt einen und nur einen Internationalismus der Tat: das ist die mit voller Hingabe geführte Arbeit für die Fortführung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung desselben Kampfes ... in allen Ländern ohne Ausnahme.« (Lenin, W. I. (1917), Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution. LW 24: 3-8)

die Rote Armee.<sup>87</sup> Damit bilden sie ein Gegengewicht zur konterrevolutionären Intervention. Jedes Mehr ist schädlich, wie die Erfahrung lehrt.

Außenpolitisch gibt es nun keine Vorzugsbehandlung und -beziehung zu sozialistischen »Bruderländern«, sondern nur noch Gleichbehandlung aller anderen Staaten. Der Versuch, »Bruderparteien« zu gründen, muss nach unvermeidlichen Misserfolgen als Geldverschwendung aufgegeben werden. Kommunistische, reformistische und bürgerliche Parteien werden nun von regierenden kommunistischen Parteien gleich behandelt. Der alte Internationalismus gehört für postrevolutionäre Kommunisten der Vergangenheit an. Ein neuer Internationalismus muss und wird sich herausbilden.

---

<sup>87</sup> Hier seien nochmals die Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg erwähnt. Im vieljährigen chinesischen Bürgerkrieg gab es gleichfalls Freiwillige aus mehreren Ländern, wenn auch in wesentlich kleinerer Zahl als in Spanien.